



EPP-ED

EUROPA-AKTUELL

Reimer Böge, Mitglied des Europäischen Parlaments
Europabüro, Sophienblatt 44-46, 24114 Kiel, ☎ 0431/6609925
Internet: <http://www.reimerboege.de>
Email: info@reimerboege.de

Kurzübersicht zu wichtigen Themen der Plenartagung des Europäischen Parlaments vom 10.-13. Februar 2003

- **Justiz und innere Angelegenheiten**
- ◆ **Liberalisierung des Daueraufenthalts von Drittstaatsangehörigen gefordert**

Anna TERRÓN i CUSÍ (SPE, E)

Vorschlag der Kommission im Hinblick auf die Annahme einer Richtlinie des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer unselbständigen oder selbständigen Erwerbstätigkeit

Dok.: A5-0010/2003

Verfahren: Konsultation

Aussprache: 11.02.2003

Annahme: 12.02.2003 (mit 274:253:26 Stimmen)

Erläuterungen zur Abstimmung

Das EP schlägt eine ganze Reihe von Erleichterungen für die Einreise und den Aufenthalt für Drittstaatsangehörige vor. Diese Vorschläge sind nicht bindend, da der Kommissionsvorschlag nicht dem Mitentscheidungsverfahren unterliegt:

- *Hauptkriterium für die Vergabe eines Aufenthaltstitels soll nur sein, dass eine bestimmte Arbeitsstelle während dreier Wochen nicht besetzt werden kann.*
- *Zusätzlich sollen Mitgliedstaaten die Möglichkeit erhalten, ganze Berufs-*

gruppen von diesem Erfordernis auszunehmen, wenn nämlich eine Stellenbesetzung von vornherein ausgeschlossen werden kann.

- *Die Verlängerung des Aufenthaltstitels soll nicht davon abhängig gemacht werden können, dass die Stelle noch immer nicht anderweitig besetzt werden kann.*
- *Die Aufenthaltstitel sollen nicht regional beschränkt werden dürfen.*
- *Über Anträge sollen Behörden in nur drei statt sechs Monaten entscheiden.*

- *Aufenthaltstitel sollen auch für die Suche nach Arbeit und Fortbildungskursen erteilt werden.*
- *Ein Widerruf soll erst statthaft sein, wenn das Arbeitsverhältnis beendet ist.*

- *Schließlich sollen bestimmte Sozialrechte für die Begünstigten festgeschrieben werden.*

Einem angenommenen Änderungsantrag zufolge wird ausdrücklich festgestellt, dass die Mitgliedstaaten freiwillig günstigere Regelungen anwenden können.

CDU/CSU-Fazit

Die Befürchtungen der CDU/CSU-Abgeordneten sind, dass der Bericht der spanischen Abgeordneten Terrón Cusí, Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas, auf Basis eines entsprechenden Richtlinienvorschlages von EU-Kommissar Antonio Vitoriano, unkontrollierbare Zuwanderung durch Arbeitsmigration fördert. Wir wenden uns strikt gegen die Absicht der Kommission, Zuwanderung zur Arbeitsaufnahme schon dann zu ermöglichen, wenn ein konkret angebotener Arbeitsplatz trotz Ausschreibung innerhalb von lediglich vier Wochen nicht besetzt werden kann. Eine Mehrheit von Sozialisten, Grünen und Liberalen hatte gegen die Stimmer unserer Fraktion diesen Vorschlag im Innenausschuss des Parlaments gebilligt, der unter anderem einen einklagbaren Anspruch auf Zuwanderung einräumen will.

Angesichts der 15 Millionen Arbeitslosen in der EU, davon allein knapp fünf Millionen in Deutschland, besteht auf absehbare Zeit kein genereller Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften aus Drittstaaten. Es ist allein Sache der Mitgliedstaaten, über Einwanderung zu entscheiden.

➤ **Verkehr**

- ◆ **Ökopunktesystem für LKW: EP gegen Rat, beide gegen Österreich**

Luciano Emilio CAVERI (LIBE, I)

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Ökopunktesystems für Lastkraftwagen im Transit durch Österreich für das Jahr 2004

Dok: A5-0019/2003

Verfahren: Mitentscheidung (1. Lesung)

Aussprache: 11.02.2003

Annahme: 12.02.2003

Hintergrund:

Der federführende Verkehrsausschuss der Europäischen Parlaments lehnt den vom Verkehrsminister-Rat Ende 2002 ausgehandelten "Kompromiss" für eine Weiterführung des österreichischen Ökopunktesystems beim Alpentransit ab. So besteht zwar Einigkeit zwischen Rat und mitentscheidendem Parlament, dass umweltfreundliche Brummis gefördert und ältere LKW dagegen nach und nach verboten werden sollen. Die Mehrzahl der Abgeordneten hält aber das von Österreich vor seinem Beitritt 1995 ausgehandelte Ökopunktesystem mittlerweile für diskriminierend und mit dem europäischen Binnenmarkt unvereinbar. Da seitdem die Zahl umweltbelastender LKW bereits stark abgenommen hat, sei die eigentliche Geschäftsgrundlage der Kontingentierung von Ökopunkten für den Alpentransit durch Österreich nicht nur entfallen, sondern nach Ansicht einiger Abgeordneter drängt sich inzwischen der Eindruck auf, dass es Wien gar nicht mehr um den Umweltschutz geht, sondern um Protektionismus für das heimische Transportgewerbe. Der Ausschuss verlangt daher ein endgültiges Auslaufen des Ökopunktesystems bis spätestens 2006. LKW, die die besonders strenge Euro-3- und Euro-4-Norm für Schadstoffe erfüllen, wären dann ab 2005 von jeglichen Beschränkungen befreit, während ältere Fahrzeuge nach Euro-0 und Euro-1 bis 2006 kontingentiert werden und dann ganz wegfallen sollen.

Erläuterungen zur Abstimmung

Mit großer Mehrheit unterstützte das Plenum die Haltung seines Fachausschusses. Dem zufolge wird das EP auf Kollisionskurs mit dem Rat gehen, so dass ein Vermittlungsverfahren sehr wahrscheinlich wird. Entgegen dem Widerstand von österreichischen und grünen Abgeordneten spricht sich die Mehrheit der Abgeordneten für eine Änderung des vom dänischen Ratsvorsitz noch am 31.12.2002 vorgeschlagenen Kompromisspaketes aus. Die

Abgeordneten wünschen einerseits verstärkte umweltpolitische Anreize; andererseits sind sie gegen die Bevorzugung von Transportunternehmen aus bestimmten Mitgliedstaaten (Österreich). Die vorgeschlagene Übergangsregelung soll auch auf drei Regionen beschränkt werden (Brenner, Tauern, Pyhrn). Der sonstige Transitverkehr soll keinen Beschränkungen unterliegen.

CDU/CSU-Fazit

Die CDU/CSU-Abgeordneten appellieren an den Rat, sich dem Übergangsregime anzuschließen und schnell seinen Gemeinsamen Standpunkt zu beschließen, so dass das Gesetzgebungsverfahren bald abgeschlossen werden kann. Denn die Unionsbürger, auch gerade in der Alpenregion sowie die Unternehmer und Arbeitnehmer der Transportwirtschaft benötigen dringend Rechts- und Planungssicherheit über den künftigen Transit durch Österreich.

➤ Europäischer Rat

◆ Vorbereitung des Frühjahrsgipfels in Brüssel am 21./22. März

Gemeinsamer Entschließungsantrag – Vorbereitung des Frühjahrsgipfels
Dok.: B5-0104, 0108, 0114, 0119, 0122, 0124/2003
Erklärungen und Aussprache: 12.02.2003
Annahme: 12.02.2003 (mit 359:89:41 Stimmen)

Erläuterungen zur Abstimmung

Die Abgeordneten fordern den Europäischen Rat auf, sich den momentanen Herausforderungen an die europäische Wirtschaft zu stellen und die Lissabonner Strategie durchzusetzen, um aus der EU "bis 2010 die wettbewerbsfähigste und dynamischste, wissensbasierte Wirtschaft der Welt" zu machen. Der Europäische Rat soll sich darauf konzentrieren, die bestehenden Ziele zu verwirklichen. Er soll keine weiteren Zielvorgaben machen. Die Kommission soll einen detaillierten Fahrplan vorlegen, in dem angegeben wird, wie die Ziele bis 2010 erreicht werden sollen. Die Abgeordneten bedauern, dass die Kommission im Jahr 2003 die Durchführung der Lissabonner Strategie auf Strukturereformen begrenzt. Die notwendigen Strukturereformen sind ihrer Ansicht nach nur dann politisch und sozial akzeptabel sowie sinnvoll, wenn sie die europäischen Bürger im Blickfeld behalten.

Die Abgeordneten unterstützen notwendige Anpassungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Sie fordern eine umfassende Rentenreform. Sie sind der Auffassung, dass Pensionsfonds und ergänzend dazu Kapitalbetragssysteme eine sinnvolle Ergän-

zung zu den auf der Kostenteilung beruhenden öffentlichen Systemen darstellen können. Jede europaweite steuerpolitische Koordinierung muss beschäftigungsfreundlich sein, die steuerliche Belastung der Arbeit insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen verringern und private Investitionen fördern. Angesichts der grundlegenden Rolle der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) fordern die Abgeordneten einen Abbau der Bürokratie. Jedoch soll die Daseinsvorsorge nicht vernachlässigt werden. Die Abgeordneten betonen auch, wie wichtig es ist, den Binnenmarkt zu vollenden, insbesondere im Bereich der Finanzdienstleistungen, wobei die Rolle des Parlaments verstärkt werden muss.

Um die Wettbewerbsfähigkeit und die "wissensbasierte Wirtschaft" zu verbessern, fordern die Abgeordneten die Verwirklichung der Zielvorgabe von Investitionen im Bereich der Forschung und Entwicklung in Höhe von 3 % sowie die Verabschiedung des Gemeinschaftspatents. Dem eEurope-2005-Plan soll eine größere Priorität eingeräumt werden. Die Mitgliedstaaten sollen eine höhere

Erwerbsquote der unterbeschäftigten Bevölkerungsgruppen, wie junge Menschen, Frauen, Zuwanderer, ältere Arbeitnehmer und Behinderte, erreichen und Beschäftigungsanreize schaffen, z. B. durch Anpassung der Steuer- und Sozialleistungssysteme. Die Steuerlast muss insgesamt verringert und die Schwarzarbeit bekämpft werden.

Für die Abgeordneten ist es weiterhin unerlässlich, dass in Europa eine gemeinsame Grundlage zur Erhaltung der Systeme des Gesundheitsschutzes aufgebaut wird. Sie fordern deshalb den Europäischen Rat auf, bei der offenen Methode der Koordinierung im Bereich der Renten- und Gesundheitsversorgung Fortschritte zu erzielen. Bei der Umsetzung dieser Methode müssen die Zuständigkeiten der Mitgliedsstaaten geachtet und das Europäische Parlament verstärkt einbezogen werden. Auch muss

die Methode mit einer starken und transparenten Kontrolle der Durchführung einhergehen.

Die Abgeordneten erneuern ihre Aufforderung an die Mitgliedstaaten, lebenslanges Lernen, Investition in Humankapital und den Ausbau der Qualifikationen zu fördern. Im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung fordern sie die Aufstellung von Leitlinien und nationalen Aktionsplänen im Bereich der Umweltpolitik, insbesondere zur Einführung neuer und sauberer Technologien. Die nachhaltige Entwicklung soll zu einem wichtigen und regelmäßigen Aspekt bei den bevorstehenden Frühjahrstagungen des Rates werden.

➤ **Binnenmarkt**

◆ **Binnenmarkt 2002 – Zeit die Versprechen einzulösen**

Malcolm HARBOUR (EVP-ED, UK)

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Überprüfung der Binnenmarktstrategie im Jahr 2002 - Zeit, die Versprechen einzulösen

Dok.: A5-0026/2003

Verfahren: Nicht-legislative Stellungnahme (Art. 47 GO)

Aussprache: 12.02.2003

Annahme: 13.02.2003 (mit 304:17:24 Stimmen)

Hintergrund

In diesem Bericht fordert der britische EVP-ED-Abgeordnete Malcolm Harbour eine schnellere Vollendung des Binnenmarkts, unter anderem mit dem Ziel, die wirtschaftliche Entwicklung wieder anzustoßen und neue Arbeitsplätze zu schaffen, wobei vor allem der Binnenmarkt für Dienstleistungen Priorität haben soll. Besonders bedauerlich ist aus Sicht des zuständigen Rechtsausschusses, dass in einigen Mitgliedstaaten noch immer eine zögerliche Umsetzung der Binnenmarkttrichtlinien, zum Beispiel bei der Personenfreizügigkeit, festzustellen ist. Die Abgeordneten möchten die Geltendmachung von Schutzklauseln auf ein Minimum beschränken und fordern spezifische Maßnahmen zur Unterstützung der EU-Binnenmarktstrategie. Dazu gehören der Abschluss der Beratungen über das Gemeinschaftspatent, die Festlegung eines Gemeinsamen Standpunkts zur Verkaufsförderung, eine Vereinfachung des schwerfälligen EU-Mehrwertsteuersystems durch die Kommission sowie die konsequente Umsetzung der neuen Rahmenrechtsvorschriften beispielsweise beim elektronischen Handel. In der umstrittenen Frage der gegenseitigen Anerkennung von Vorschriften sind die Abgeordneten der Meinung, dass bei Anliegen von besonderem öffentlichen Interesse, wie dem Verbraucherschutz, im Zweifelsfall auch eine Harmonisierung erforderlich sein kann.

Erläuterungen zur Abstimmung

Das EP fordert eine schnellere Vollendung des Binnenmarkts, da hierdurch die wirtschaftliche Entwicklung angestoßen wird und neue Ar-

beitsplätze geschaffen werden. Insbesondere der Binnenmarkt für Dienstleistungen sollte Priorität bei dem Wirtschaftsgipfel 2003 lu-

ben. Die Abgeordneten bedauern, dass es immer noch Hindernisse im Binnenmarkt gibt und dass insbesondere die Personenfreizügigkeit noch oft beschränkt wird.

Diese Hindernisse beruhen hauptsächlich auf der zögerlichen Umsetzung der Binnenmarkt-richtlinien in einigen Mitgliedstaaten: 2,1 % der Rechtsvorschriften sind noch immer nicht umgesetzt, wobei zwei der größten Volkswirtschaften, Frankreich und Deutschland, am weitesten von dem Ziel der vollständigen Umsetzung entfernt sind.

Die Mitgliedstaaten sollen die Umsetzung der Binnenmarkt-richtlinien beschleunigen. Die Kommission möge die Gründe für die Nichtumsetzung sorgfältig untersuchen und pragmatische Lösungen finden. Gegebenenfalls soll sie Sanktionen verhängen. Die Mitgliedstaaten sollen die Geltendmachung von Schutzklauseln auf ein Mindestmaß beschränken.

Die Abgeordneten fordern auch spezifische Maßnahmen zur Unterstützung der Binnenmarktstrategie. Beispielsweise soll der Rat die Beratung über das Gemeinschaftspatent abschließen und einen Gemeinsamen Standpunkt zur Verordnung über die Verkaufsförderung vorlegen. Die Kommission soll ihre Arbeiten

im Zusammenhang mit der Vereinfachung des schwerfälligen Mehrwertsteuersystems vorantreiben und in zukünftigen "Scoreboard-Berichten" eine Analyse der Kosten und des Nutzens der Umsetzung bzw. Nichtumsetzung der Binnenmarktrechtsvorschriften durchführen. Die Mitgliedstaaten sollen die Niederlassungsfreiheit fördern, indem sie ihre Rechtsvorschriften modernisieren und vereinfachen. Von besonderer Bedeutung ist für die Abgeordneten die konsequente Umsetzung der neuen Rahmenrechtsvorschriften in den Bereichen e-Commerce, elektronische Kommunikation, Urheberrecht und Datenschutz.

In der umstrittenen Frage, inwieweit der Binnenmarkt durch das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung realisiert werden soll, haben die Abgeordneten einen Kompromiss erzielt:

Obwohl sie der Ansicht sind, dass das Herkunftslandsprinzip und das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung für die Vollendung des Binnenmarkts von wesentlicher Bedeutung sind, glauben sie, dass Anliegen von öffentlichem Interesse und dabei besonders Verbraucherschutz ggf. durch eine Harmonisierung der Rechtsvorschriften geschützt werden müssen.

➤ Außenhandel

◆ WTO-Verhandlungen zum Agrarhandel: neuer EU-Vorschlag zum Subventionsabbau

Gemeinsamer Entschließungsantrag - WTO-Verhandlungen im Bereich des Agrarhandels

Dok.: B5-0102, 0106, 0107, 0109, 0113 und 0128/2003

Erklärung und Aussprache: 10.02.2003

Annahme: 12.02.2003

Erläuterungen zur Abstimmung

In seiner Gemeinsamen Entschließung fordert das Parlament, dass die erste Priorität der Agrarverhandlungen darin bestehen muss, Handelsregeln vorzugeben, die die landwirtschaftliche Entwicklung, Beschäftigung und Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Ländern fördern, ohne die grundlegenden Ziele der multifunktionalen Agrarpolitik der Europäischen Union zu gefährden.

Die Abgeordneten fordern die Kommission deshalb auf, bei den Verhandlungen auf folgende drei Zielsetzungen zu bestehen:

- Eine Reduzierung aller landwirtschaftlichen Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen für Agrareinfuhren aus den Entwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Ländern sowie eine erhebliche Reduzierung bzw. Abschaffung aller Arten von Exportzuschüssen und Regelungen mit äquivalenter Wirkung muss erreicht werden. Dabei sind auch Aspekte wie Nahrungsmittelhilfe, Exportkredite, Kreditgarantien sowie Darlehens- und Versicherungssysteme durch alle WTO-Mitglieder zu berücksichtigen.

- *Gezielte und transparente Stützungsmaßnahmen zur Förderung der Umwelt, der ländlichen Entwicklung, der Beschäftigung sowie der artgerechten Tierhaltung dürfen nicht handelsverzerrend sein und müssen von den Kürzungsverpflichtungen ausgenommen werden.*
- *Am Recht jedes Landes, seine eigenen Normen für den Umwelt-, Nahrungsmittelsicherheit- und Verbraucherschutz festzulegen ist festzuhalten. Dabei ist anzuerkennen, dass eine Differenzierung der gehandelten Waren anhand der Produkti-*

onsmethoden im Rahmen der WTO möglich sein muss und dass die WTO-Regeln deshalb obligatorische oder freiwillige Kennzeichnungssystem nicht beschneiden dürfen.

Die Abgeordneten sind der Auffassung, dass der Kommission nach der Halbzeitbilanz ein neues Verhandlungsmandat erteilt werden muss. Auch verlangen sie eine Überprüfung der handelsverzerrenden bilateralen Handelsvereinbarungen.

➤ Volksgesundheit

◆ Prävention auch bei Designerdrogen

Minerva MALLIORI (SPE, GR)

Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Prävention und Reduzierung von Risiken im Zusammenhang mit der Drogenabhängigkeit

Dok.: A5-0021/2003

Verfahren: Konsultation

Aussprache und Annahme: 13.02.2003 (mit 375:46:35 Stimmen)

Erläuterungen zur Abstimmung

Das EP begrüßt den Vorschlag der Kommission, hat aber dennoch eine Reihe von Änderungsanträgen angenommen. Diese betreffen u. a. das Thema Prävention, welches nach Ansicht der Abgeordneten in dem Kommissionsvorschlag nicht ausreichend behandelt wird. Ziel des Vorschlags ist, die Anzahl der Drogentoten und der mit dem Drogenkonsum verbundenen Krankheiten wie HIV, Hepatitis B und C und Tuberkulose zu verringern. Dies ist eines der Ziele der EU-Drogenstrategie von 2000-2004, welche vom Europäischen Rat 1999 angenommen wurde.

Die Abgeordneten betonen die Bedeutung der Verantwortlichen vor Ort, d. h. der Polizei, des medizinischen Personals und der Sozialarbeiter. Diese sollten sensibilisiert werden und ihnen sollte die Möglichkeit geboten werden, Drogenabhängigen zu helfen. Es müssen weiterhin Antworten in Reaktion auf neue Praktiken des Drogenkonsums, beispielsweise dem verbreiteten Konsum von so genannten Designerdrogen gefunden werden. Für die Sicherheit innerhalb und außerhalb von nächtlichen Vergnügungsstätten sollten gemeinsame Grundlinien erarbeitet werden. Da junge Menschen oft einfache negative Informationen ablehnen, sollte ihnen die Wirkungsweise jeder Droge, d. h. sowohl die positiven als auch die negativen Aspekte, erläutert werden. Hierdurch sollen sie ermuntert werden, sämtli-

che Konsequenzen zu akzeptieren. Die Mitgliedstaaten sollten maßgeschneiderte Programme für Bereiche aufbauen, in denen Menschen einem hohen Risiko ausgesetzt sind, z. B. im Strafvollzug. Weiterhin sollten Alternativprogramme zu Haftstrafen, eventuell in Verbindung mit Möglichkeiten für einen obligatorischen Entzug für Abhängige, die Drogengesetze übertreten haben, gefördert werden.

Das Thema Prävention und Behandlung drogenbedingter Gesundheitsschäden sollte in die Programme zur Ausbildung medizinischen Fachpersonals aufgenommen werden. Auch wenn die Prävention der Drogenabhängigkeit und die Reduzierung der Risiken größtenteils in die Befugnisse der Mitgliedstaaten fallen, so sollten doch im Rahmen des Haushaltspostens der Gemeinschaft zur Drogenbekämpfung angemessene finanzielle Mittel vorgesehen werden. Die Mitgliedstaaten sollten Forschungs- und Studienprojekte fördern, und es sollte einen verstärkten Austausch insbesondere über die besten Verfahren geben. Besonderen Bedarf sehen die Abgeordneten jedoch in Bezug auf die Beitrittsstaaten: Dort sollen zusätzlich die Strukturen verstärkt werden. Auch soll von der EU aus die Zusammenarbeit mit den Beitrittsländern verstärkt werden, u. a. durch die Vermittlung bester Verfahren.